

Hans Poerschke

Gedanken zur Abwicklung (Abriss) der Sektion Journalistik

Der Abriss der Leipziger Journalistik begann schon kurz nach dem Mauerfall in den Tagen demokratischen Aufschwungs am Ende der DDR. Wir wollten eine grundlegende Neugestaltung der Sektion. Eine neue Leitung wurde gewählt, mit Veränderungen in der Lehre wurde begonnen. Da viele alte Lehrkonzepte und -materialien nun unbrauchbar waren, wurde der Lehrbetrieb für ein Semester unterbrochen, um Anfänge von etwas Neuem ausarbeiten zu können. Zwei Arbeitsgruppen – eine aus Hochschullehrern, eine aus Studenten und wissenschaftlichen Assistenten – erarbeiteten Entwürfe eines neuen Studienkonzepts. Es gab – zum guten Teil auf Initiative der Studenten – ein umfangreiches Programm von Gastvorlesungen, -seminaren und -übungen von Kollegen aus dem Westen. Die Zeitschrift der Sektion wurde unter dem programmatischen Titel „Diskurs“ erneuert. Sie ließ sich mühelos füllen teils mit Sachen, die in Schreibtischen auf ihre Chance gewartet hatten, teils mit Erkundung des faszinierenden demokratischen Aufbruchs in den Medien der DDR. Ende Mai 1990 luden wir Gäste aus fast allen Instituten der Journalistenausbildung in der Bundesrepublik und in Österreich zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ein in der leisen Hoffnung, Möglichkeiten künftiger Kooperation finden zu können.

Alles das konnte nicht verhindern, dass der eigenständige Fortbestand der Sektion immer fragwürdiger wurde. Das, was die Studenten über das Lehrangebot im Westen erfuhren, entfaltete eine Anziehungskraft, gegen die kein Kraut gewachsen war. Das Vertrauen der Studenten, dass die Leipziger ihnen überzeugend neues Wissen vermitteln könnten, nahm immer mehr ab, Veränderungen waren ihnen zu inkonsequent und zu langsam. Die Direktoren mussten sich einer Vertrauensabstimmung stellen. Von dreien blieb einer übrig.

Das schwierigste Problem war die Auseinandersetzung der Wissenschaftler mit der Rolle, die ihre Tätigkeit in der Politik der SED gespielt hatte, und mit den Überzeugungen, die sie dabei geleitet hatten. In meinem Lehrstuhl habe ich den Versuch initiiert, damit zu beginnen. Sein unbefriedigender Ausgang zeigte, wie schwer es war, eine solche schmerzhaft Selbstbefragung aus dem Stand zu beginnen. Er wurde außerdem – wie zu erwarten – in der Öffentlichkeit kaum akzeptiert, erntete Skepsis, auch Hohn und Spott.

Der Beschluss der Sächsischen Staatsregierung vom Dezember 1990 über die Abwicklung setzte all dem ein Ende. Mit ihm begann der Weg zum heutigen Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft. Das aber war keineswegs ein Wunschkind der damaligen Hochschulpolitik. Die sah vielmehr für die Sektion Journalistik nicht nur, wie bei anderen Fachrichtungen, die Abwicklung vor, sondern darüber hinaus, dass an ihrer Stelle nichts Neues gegründet werden sollte. Den Journalistikstudenten wurde anheimgestellt, sich an andere Fachrichtungen umimmatrikulieren zu lassen oder im Westen ein Journalistikstudium aufzunehmen. Der erste Weg war für die große Masse der Studenten ungangbar, weil in Frage kommende Fachrich-

tungen selbst der Abwicklung unterlagen; der zweite, weil einschlägige Einrichtungen im Westen nicht eben auf Zustrom aus dem Osten warteten, ganz abgesehen von Hürden der Aufnahmebedingungen.

Die Journalistikstudenten ließen sich das nicht gefallen. Sie traten gemeinsam mit anderen Leipziger Studenten in einen Proteststreik, der sich bis zum Hungerstreik steigerte und weit über Leipzig hinaus großes Aufsehen erregte. Das wirkte. Die sächsische Staatsregierung fühlte sich bei dieser öffentlichen Begleitmusik offenbar unbehaglich. Bildungsminister Hans-Joachim Meyer lud zu einem Gespräch in Dresden ein, an dem neben einer Abordnung von Studenten auch ich, letzter, nunmehr abgewickelter Direktor der Sektion Journalistik, teilnahm. Zuvor hatte ich einige Professoren aus dem Westen gebeten, uns dort im Eintreten für den Erhalt des Standorts Leipzig Rückenstärkung zu geben. Ich erhielt zunächst ein paar Zusagen, als einziger aber kam Günther Rager aus Dortmund tatsächlich mit uns. Seine Argumente gegen die Absicht, in Leipzig tabula rasa zu machen, sind dem Minister offenkundig gewichtiger erschienen als die unseren. Sie haben ihn zu der Kursänderung bewogen, doch wieder gründen zu lassen. Dass dies kaum Erwartete möglich wurde, ist dem Kampfesmut Leipziger Journalistikstudenten zu verdanken. Damit waren sie – freilich ungebetene – Geburtshelfer des Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft. Das sollte nicht vergessen werden.

Mit der zugestandenen Neugründung trat die Frage auf die Tagesordnung: Was an die Stelle des Alten setzen und wie? Und wie verhält man sich zum Leipziger Erbe?

Professor Reimers aus München als Gründungsdirektor schwebte eine Einrichtung vor, die mit fünf Lehr- und Forschungsrichtungen breit aufgestellt ist. Die Journalistik sollte ihre Alleinstellung verlieren, sollte nur noch eine der fünf Säulen sein, auf denen die Welt ruht. Reimers' Pläne zielten auf hohe Akzeptanz und starke Wettbewerbsfähigkeit in der Medienwissenschaft und -praxis der alten Bundesrepublik. Sehr anspruchsvoll also, zweifellos ein Gewinn für das Fach.

Aber ein Gewinn für die Integration des Ostens? Unter diesem Blickwinkel betrachtet, lässt diese Lösung an den Titel eines Romans von Christoph Hein denken: „Landnahme“. Unverhofft wurde auf bislang fremdem Territorium ein Stück herrenlos gewordenen akademischen Baulands verfügbar. Um es für die zusammenwachsende Gesellschaft nützlich zu machen, wurde nach mitgebrachten Bauplänen und aus mitgebrachtem Baumaterial von eingewanderten Bauleuten ein neues – zugegeben: eindrucksvolles – Gebäude errichtet. So wurde der Handlungsraum der etablierten Kommunikations- und Medienwissenschaft erweitert, wurden von ihr hervorgebrachten hoffnungsvollen Talenten neue Perspektiven eröffnet (mit einer Ausnahme -- Hans-Jörg Stiehler).

Das Bild der Landnahme wird bestätigt durch das Verhalten zum Erbe der Leipziger Journalistik. Klar war und ist, dass im neuen Haus nichts Platz haben konnte, womit die Unterordnung des Journalismus, der Journalisten unter die politisch-ideologische Diktatur der Partei und deren restriktive Medienpolitik begründet und durchgesetzt worden war.

Darin erschöpfte sich das Leipziger Erbe aber nicht. So widersprüchlich das auch immer ist – und diese Widersprüche wären ein eigenes, mehr als abendfüllendes Thema – auch unter diesen Bedingungen entwickelten sich solide, für weitere Arbeit wichtige und fruchtbare Erkenntnisergebnisse und Fähigkeiten auf verschiedenen Gebieten: Das waren nach meiner Einschätzung erstens Teile der Geschichte des Journalismus (der proletarischen wie der bürgerlichen Presse, national und regional); zweitens Ansätze einer Theorie der sozialen Kommunikation (ausgerichtet besonders auf das Austragen von Interessenwidersprüchen bei einer demokratischen Neugestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse im Osten Deutschlands); drittens die Methodik der Inhaltsanalyse journalistischer Produkte; viertens der Sprachgebrauch in der öffentlichen Kommunikation (Stilistik der deutschen Sprache); fünftens schließlich der journalistische Schaffensprozess, die journalistische Methodik.

Wie nun mit diesem Erbe verfahren? Die ersten drei Gebiete wurden bei der Gestaltung des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft schlicht ignoriert. Aus den letzten beiden wurden Bestandteile in den Lehrprozess übernommen, die die Vermittlung praktischer Fähigkeiten an die Studenten bereichern konnten, und mit ihnen einige ehemalige Mitarbeiter der Sektion. Diese Entscheidung von Herrn Reimers ist zu würdigen, und jeder der Betroffenen wird froh über die Möglichkeit weiterer Arbeit gewesen sein. Das sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, wie beschränkt diese Lösung war. Das auf diese Weise Übernommene wurde nicht als weiter zu verfolgend in der Struktur des Instituts dauerhaft verankert. Der allmähliche Renteneintritt der Mitarbeiter beendete die vorläufige Lösung, sie blieb eine Episode.

Es gab keine – zumindest keine öffentlich wahrnehmbare – Analyse des in Leipzig Vorgefundenen unter dem Gesichtspunkt, wie es geeignet war, das aus dem Westen mitgebrachte inhaltliche und methodische Arsenal zu bereichern. Nun kann eingewandt werden: dafür gab es ja die Evaluation! Ja, die gab es, aber sie konnte aus zwei Gründen dieses Defizit nicht beheben: Erstens gestattete sie keine umfassende, systematische Analyse, weil in individuellen Gesprächen nur die Ausschnitte zur Sprache kamen, die sich aus der speziellen Tätigkeit des jeweiligen Mitarbeiters ergaben, und dies gefärbt durch die persönliche Sicht der beiden Gesprächspartner. Zweitens Ohne die Voraussetzung der eben erwähnte Analyse und ohne das Ziel, in der einmaligen historischen Situation des Zusammenwachsens zweier Gesellschaften neue Wege in Inhalt, Methoden und Struktur künftiger Tätigkeit zu beschreiten, konnte die Evaluation nur darauf hinauslaufen festzustellen, ob und inwieweit der Evaluerte in das aus dem Westen Hergebrachte und Gewohnte integrierbar war. Und genau dies war die der Evaluation von der herrschenden Politik zugedachte Funktion. Das war unabhängig davon, mit welchen Intentionen der einzelne Evaluator seine Arbeit machte, wie stark sein Bemühen um Unvoreingenommenheit und sein Mitgefühl mit dem Betroffenen auch immer sein mochten. Ich habe keinen Grund, meinem Evaluator Kurt Koszyk ein böses Wort hinterher zu rufen.

Generell ist festzustellen: Mit der Art, wie der Neuanfang in Leipzig gestaltet wurde, befanden sich die Neu-Leipziger in bester Übereinstimmung mit

dem allgemeinen gesellschaftlichen Trend: Die Printmedien der DDR waren in die Hand westdeutscher Großkonzerne gelangt; der DDR-Rundfunk war geschlossen und in bundesrepublikanische Strukturen überführt; die Privatisierungswelle in der Wirtschaft war am Rollen, weitaus überwiegend zugunsten westdeutscher Interessenten; ostdeutsche Hochschulpolitik bedeutete Einordnung in bundesrepublikanische Strukturen. Um mögliche Missverständnisse zu vermeiden, will ich ausdrücklich betonen: Ich gehe davon aus, dass die an der Gründung in Leipzig Beteiligten in der Überzeugung handelten, damit auch im wohlverstandenen Interesse der ostdeutschen Landsleute das Bestmögliche zu leisten.

An dieser Stelle erhebt sich natürlich die Frage: Aber konnte es denn dazu eine Alternative geben? Ich möchte nicht in einen Streit über die in der herrschenden Politik so beliebte Alternativlosigkeit eintreten, sondern nur einiges zu überlegen geben. Als das Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft gegründet wurde, waren in Deutschland gerade zwei Gesellschaften in eins geworfen worden. Zwei Kulturen stießen aufeinander und mussten miteinander zurechtkommen, zwei Kulturen in der Denk- und Lebensweise der Menschen und der Politik, in der Wirkungsweise der Medien, in der öffentlichen Kommunikation, in der Arbeit der Journalisten. Auch wenn wir das heute natürlich viel besser wissen, war schon damals sichtbar, dass ein schwieriger und langwieriger Prozess des Kennenlernens begonnen hatte, in dem sich auf beiden Seiten der früheren Grenze ein Verständnis der jeweils Anderen und das Selbstverständnis in der neuen Situation, Formen der Diskussion und des Streits, Formen des Umgangs miteinander entwickeln mussten. Eine große, noch nie dagewesene Herausforderung für Journalisten und andere Medienschaffende, eine ebenso große für die Kommunikations- und Medienwissenschaft.

Wie konnten die Medien in diesen Prozess eingreifen und wie haben sie es getan? Wie haben sie Menschen auf beiden Seiten ermöglicht, die widerspruchsvolle, konfliktreiche gesellschaftliche Situation zu durchschauen und über sie zu rationalem Urteil zu gelangen? Wie haben sie geholfen, einen demokratischen Diskurs auf gleicher Augenhöhe zu entwickeln? Wie haben sie sich zur Politik der in der Bundesrepublik alteingesessenen und der neu etablierten staatlichen Institutionen, wie zu den Aktivitäten der Zivilgesellschaft verhalten? Und so weiter, und so weiter... Ein riesiges Feld von Aufgaben für die Wissenschaft.

Wie kaum an einem anderen Ort bot sich damals in Leipzig die Chance, ein Projekt zu installieren, das sich der Rolle des Journalismus (oder: der Medien) in einer aus bis dahin unvereinbaren Teilen zusammenwachsenden Gesellschaft widmete, das sein Wirken in der Entwicklung des politischen und geistigen Lebens dieser Gesellschaft erkundete und kritisch begleitete und damit zu einer produktiven Kraft in diesem Prozess wie auch in der Entwicklung der Wissenschaft werden konnte. Ein solches Projekt wäre vermutlich ein hervorragendes Alleinstellungsmerkmal des Leipziger Instituts gewesen. Es hätte allerdings nicht im Modus der Landnahme fruchtbar werden können. Es hätte das Zusammenwirken von Wissenschaftlern beiderlei Herkunft erfordert, um Vertrautheit mit den jeweiligen Verhältnissen, um Einschätzung auch aus der jeweiligen Binnenperspektive zu ermögli-

chen. Ich bin davon überzeugt, dass sich unter den Hinterbliebenen der Sektion Journalistik und darüber hinaus dafür qualifizierte Mitarbeiter gefunden hätten. Und im übrigen hätte gemeinsame Arbeit die Gelegenheit ergeben, recht schnell und verlässlich zu erkennen, wer welchen Geistes Kind ist.

Ein solches Projekt ist bekanntlich nicht zustande gekommen. Es ist nicht einmal erwogen worden. Das hatte manche Gründe. Einer unter ihnen war nach meiner Auffassung der entscheidende: Es hätte politisch gewollt werden müssen.

Wir reden heute über jene Zeit in einer Situation, die ihr in mancher Hinsicht ähnelt und auch Wurzeln in ihr hat. Die Erhaltung und Entwicklung einer demokratischen, zivilisierten öffentlichen Kommunikation ist immer deutlicher zum brennenden, ja, existentiellen Thema geworden. Die Gefahren, die ihr drohen, haben auch etwas damit zu tun, wie einst der Vereinigungsprozess verlaufen ist. Wir reden also über hier und heute, wenn wir uns an unsere Geschichte erinnern. Vielleicht kann man ja doch aus Erfahrung lernen?

Holzweißig, November 2019